

Steigende Anzahl ausgegrenzter Jugendlicher in Deutschland

Obwohl Deutschland ein reiches Land ist, gibt es zunehmend Jugendliche, die keine ausreichende finanzielle und emotionale Unterstützung durch Familie und Freunde erfahren. Dies hat negative Folgen für die schulische und berufliche Bildung und für die gesellschaftliche Integration dieser Jugendlichen. Eine ZEW-Studie untersucht erstmals das Ausmaß und die wichtigsten Ursachen der „Unverbundenheit von Jugendlichen in Deutschland“.

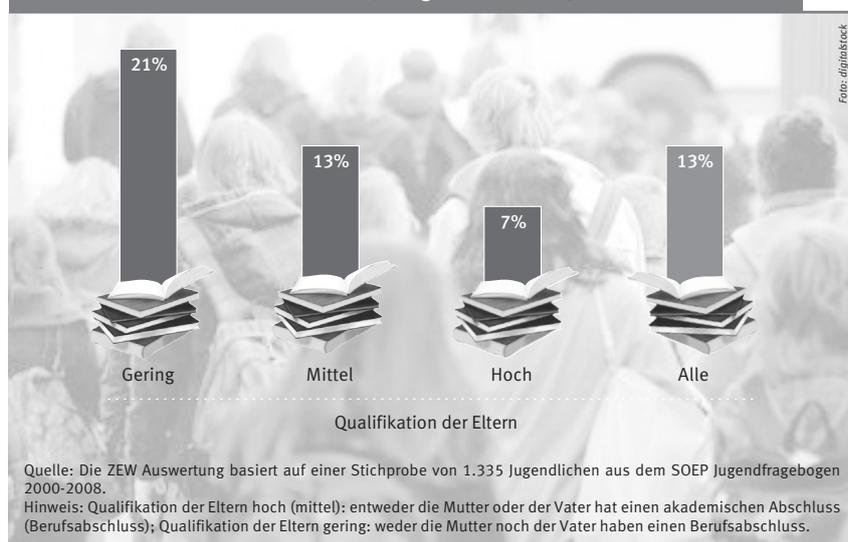
Als „unverbunden“ gelten der Studie zufolge (ZEW Discussion Paper Nr. 09-070) Jugendliche, die keine Schule besuchen, keiner Erwerbstätigkeit nach-

wie auf einer Stichprobe von 1.335 Jugendlichen aus dem SOEP-Jugendfragebogen. Im ersten Teil der Analyse wird der langfristige Trend der Unver-

der 1980er Jahren leicht, und in den Jahren seit 2001 etwas stärker zugenommen hat. Im Zeitraum von 2000 bis 2008 gelten im Durchschnitt etwa 13 Prozent der Jugendlichen zwischen 17 und 19 Jahren als unverbunden. Das sind etwa 130.000 Jugendliche. Die Studie zeigt, dass Jugendliche, die in einer Periode als unverbunden klassifiziert werden, auch in der folgenden Periode ein etwa 2,6 mal höheres Risiko aufweisen, erneut in die soziale und ökonomische Isolation zu rutschen als Jugendliche, die in einer Periode als sozial integriert gelten.

Die Analysen des ZEW zeigen ferner, dass isolierte im Vergleich zu verbundenen Jugendlichen schlechtere Schulnoten haben, häufiger eine Klasse wiederholen, seltener aktiv Sport treiben, und ein niedrigeres Maß an Selbst-

Unverbundenheit unter 17- bis 19-Jährigen nach der Qualifikation der Eltern



gehen und keine festen, länger andauernde Freundschaften haben. Diese Definition umfasst ökonomische und soziale Dimensionen. Es geht dabei um die Gruppe von Jugendlichen, die alle drei genannten Kriterien erfüllen. Die ZEW Analyse basiert auf Stichproben aus dem Sozio-Oekonomischen Panel (SOEP) für die Jahre 1984 bis 2008 so-

bundenheit unter Jugendlichen aufgezeigt (1984 bis 2008). In einem zweiten Schritt werden das Ausmaß und die Ursachen der Unverbundenheit unter Jugendlichen in der Altersgruppe der 17- bis 19-Jährigen untersucht.

Die Auswertungen des ZEW zeigen, dass das Phänomen der Unverbundenheit unter den Jugendlichen seit Mitte

IN DIESER AUSGABE

Steigende Anzahl ausgegrenzter Jugendlicher in Deutschland	1
Algo-Trading birgt Risiken für die Stabilität der Finanzmärkte	2
Haltung zur Steuerprogression durch Fairnessüberlegungen getrieben	3
Energieeffizienz-Label der EU bremst Absatz an Strom sparenden Geräten	4
Großzügige Spenden durch Information ..	5
Beschäftigung in akademischen Spinoffs ..	5
Nachgefragt: Wie sinnvoll ist die Bankenabgabe?	6
Die Kosten einer steuerlichen Forschungsförderung variieren stark	7
ZEW intern	8
Herausforderungen für die Geldpolitik	9
Termine, Publikationen	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

wirksamkeitsempfindungen aufweisen. Das deutet darauf hin, dass die unverbundenen Jugendlichen zu wenig in ihr Humankapital investieren. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind häufiger unverbunden als Kinder deutscher Eltern. Dies liegt jedoch weniger am Migrationshintergrund an sich, sondern ist vor allem auf die im Schnitt niedrigere Qualifikation der Eltern mit Migrationshintergrund zurückzuführen.

Starker Einfluss der Eltern

Die Studie macht deutlich, dass der Bildungshintergrund der Eltern und die familiären Verhältnisse wichtige Determinanten der emotionalen und sozialen Entwicklung der Jugendlichen sind

(siehe Grafik Seite 1). Die multivariaten ökonomischen Analysen bestätigen, dass die Wahrscheinlichkeit, zu einem Zeitpunkt im Alter zwischen 17 und 19 Jahren isoliert zu sein, um bis zu elf (sechs) Prozent niedriger ist, wenn ein Elternteil einen Studienabschluss (Berufsabschluss) aufweist. Ist der oder die Jugendliche die ersten 15 Lebensjahre bei beiden Elternteilen aufgewachsen, ist das Risiko der Unverbundenheit um acht Prozent niedriger als bei Jugendlichen, die bei nur einem Elternteil aufwachsen. Zwischen den Geschlechtern gibt es kaum Unterschiede im Hinblick auf das Ausmaß von Unverbundenheit. Unverbundenheit im Jugendalter kann mit vielfältigen Folgeproblemen einhergehen. Fällt die Fami-

lie als emotionale und finanzielle Stütze aus, drohen zu geringe Bildungsinvestitionen. Weitere schulische oder berufliche Prüfungen können deshalb in der Zukunft zu einer schwer überwindbaren Hürde werden.

Drohender Teufelskreis

Den Jugendlichen wird es ferner schwerer fallen, die geschriebenen und ungeschriebenen Normen und Umgangsregeln der Gesellschaft einzuhalten. Um den drohenden Teufelskreis der Ausgrenzung zu durchbrechen, sind wirksame öffentliche Hilfen erforderlich, die bereits früh in der Kindheit der benachteiligten Jugendlichen ansetzen müssen.

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

Algo-Trading birgt Risiken für die Stabilität der Finanzmärkte

Der von Computern auf Grundlage von genau definierten Vorschriften veranlasste Handel mit Wertpapieren, das so genannte Algo-Trading, ist an den Börsen auf dem Vormarsch. Das birgt erhebliche Risiken für die Finanzmärkte. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Befragung von 193 Finanzmarktexperten durch das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim.

Etwas mehr als zwei Drittel der befragten Experten befürchten, dass der computergesteuerte Handel die Finanzmarktstabilität negativ oder sogar sehr negativ beeinflussen könnte. Sie halten daher eine entsprechende Regulierung für erforderlich. Doch während über eine strengere Regulierung von Derivaten und die Ausgestaltung von Bonussystemen zur Verbesserung der Stabilität der Finanzmärkte heiß diskutiert wird, spielt das Algo-Trading in der öffentlichen Diskussion bisher kaum eine Rolle. Dies verwundert angesichts der Bedeutung dieser Handelsart. So entfielen im Jahr 2007 bereits 50 Prozent der Umsätze an der Deutschen Börse auf das Algo-Trading. Als Algo-Trading werden Handelsaufträge an den Börsen

bezeichnet, die computergesteuert auf Grundlage von genau definierten Handlungsvorschriften (Algorithmen) ausgelöst werden. Diese Anweisungen basieren in der Regel auf quantitativen Modellen, die sowohl historische als auch aktuelle Marktdaten berücksichtigen. Bei den für das Algo-Trading genutzten, in sich geschlossenen Systemen ist ein Eingriff durch einen Händler normalerweise nicht vorgesehen. Der Vorteil der automatischen Handelssysteme ist ja gerade ihr Reaktion auf neu eintreffende Informationen im Bruchteil von Sekunden und deren Umsetzung in Handelsentscheidungen.

Problematisch ist allerdings ein anderer Aspekt der Algo-Trading-Programme. Wenn viele von ihnen auf ähnlichen

Regeln basieren, dann könnte bei einer bestimmten Marktkonstellation ein gefährlicher Dominoeffekt auftreten. So könnte beispielsweise innerhalb kürzester Zeit eine Flut von Verkaufsaufträgen entstehen und so einem Markteinbruch Vorschub leisten oder diesen dramatisch verstärken. Das würde die Stabilität der Finanzmärkte ernstlich gefährden. Aus diesem Grund halten 66 Prozent der vom ZEW befragten Finanzexperten eine Regulierung dieser Art des Wertpapierhandels für erforderlich. Die bestehenden Regelungen zur Handelsaussetzung jedenfalls reichen nach Ansicht von 69 Prozent der Umfrageteilnehmer nicht aus, um in Krisensituationen mit Aussicht auf Erfolg eingreifen zu können.

Indessen dürfte eine effektive Regulierung des Algo-Tradings schwierig sein. 47 Prozent der Experten halten sie für machbar. 53 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt.

Michael Grünewald, gruenewald@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Haltung zur Steuerprogression durch Fairnessüberlegungen getrieben

Aus welchen Gründen befürwortet die Mehrheit der deutschen Wähler eine progressive Einkommensteuer? Dieser Frage geht eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) nach, die maßgebliche Einflussfaktoren der individuellen Einstellung gegenüber der relativen steuerlichen Belastung unterschiedlicher Einkommensgruppen identifiziert. Die Ergebnisse der Studie haben vor allem politische Relevanz, etwa wenn es gilt, die Durchsetzbarkeit von Steuerreformen zu bewerten.

Traditionelle politökonomische Ansätze unterstellen, dass die Haltung der Wähler zu staatlichen Umverteilungsmaßnahmen maßgeblich durch deren finanzielles Eigeninteresse getrieben wird. In der Debatte um Refor-

Daten zu individuellen Gerechtigkeitsüberlegungen sowie der sozioökonomischen Situation der Teilnehmer.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass die Einstellung gegenüber einer progressiven Besteuerung unter

Einkommensverteilung als gerecht beurteilen, fordern dagegen weniger häufig progressive Steuersätze. Dabei zeigt sich, dass sowohl die wahrgenommene soziale Gerechtigkeit (etwa in Bezug auf soziale Unterschiede oder die Lage einfacher Leute) als auch eine als adäquat empfundene Entlohnung die Wahrscheinlichkeit einer Unterstützung progressiver Besteuerung um sieben bis zehn Prozentpunkte senkt.

Die Wähler bevorzugen folglich nicht immer dasjenige Steuersystem, das ihnen selbst den größten Nutzen verspricht. Vielmehr wird die Akzeptanz von progressiver Besteuerung auch wesentlich durch Fairnessmotive geprägt. Diese Erkenntnis trägt zu einem besseren Verständnis der oftmals geringen politischen Akzeptanz von Reformen der Steuer- und Sozialsysteme bei. Selbst wenn eine Mehrheit der Wähler durch Reformen steuerlich entlastet wird, können diese auf Widerstand stoßen, wenn sie als ungerecht wahrgenommen werden.

Politische Implikationen

Mit dieser Erkenntnis gehen wichtige politische Implikationen einher: Um die Akzeptanz von Steuerreformen, die beispielsweise auf eine Reduktion der Progression zielen, zu steigern, sollte auch auf Fairnessaspekte eingegangen werden. So zeigen die Ergebnisse, dass eine Steuerreform eher akzeptiert werden könnte, wenn die negativen Anreizwirkungen einer progressiven Besteuerung in den Vordergrund gerückt würden: Personen, die von einer hohen Relevanz der eigenen Leistung bei der Einkommenserzielung ausgehen, unterstützen mit einer 6,5 bis zehn Prozentpunkte geringeren Wahrscheinlichkeit eine progressive Einkommensbesteuerung.

Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de
Tanja Hennighausen, hennighausen@zew.de



Die Haltung der Bürger zur Steuerprogression wird auch von Fairnessüberlegungen beeinflusst.

men im Bereich der Steuer- und Sozialsysteme nehmen Gerechtigkeitsaspekte jedoch zumeist einen hohen Stellenwert ein. Die Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 10-017) berücksichtigt daher bei der Analyse der Steuerpräferenzen innerhalb der deutschen Bevölkerung neben vornehmlich eigennutzbasierten Erklärungsfaktoren auch den Einfluss von Fairnessmotiven.

Die empirischen Analysen basieren auf repräsentativen Umfragedaten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) aus dem Jahr 2000. Neben Informationen zum gewünschten Ausmaß an Steuerprogression enthält ALLBUS zahlreiche

anderem durch Eigeninteresse beeinflusst wird. So weisen Personen mit einem hohen sozialen Status eine geringere Präferenz für eine überproportionale steuerliche Belastung von Beziehern hoher Einkommen auf. Darüber hinaus spielen allerdings auch Fairnessmotive bei der Präferenzbildung eine maßgebliche Rolle. Beispielsweise ist der Wunsch nach einem progressiven Steuersystem bei Personen, die eine am Bedarf der Menschen orientierte Verteilung der Einkommen bevorzugen, besonders ausgeprägt.

Befragte, die individuelle Anstrengung als wesentlich für wirtschaftlichen Erfolg erachten und die bestehende

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Energieeffizienz-Label der EU bremst Absatz an Strom sparenden Geräten

Die EU-Kommission nimmt einen zweiten Anlauf, ein neues Energieeffizienz-Label für Elektrogeräte einzuführen. Es soll verstärkt zum Kauf Strom sparender Geräte anregen. Dieses Ziel scheint jedoch verfehlt zu werden. Denn klebt auf dem Gerät das neue statt des bisherigen Labels, verliert ein sparsamer Stromverbrauch bei der Kaufentscheidung deutlich an Gewicht und die Bereitschaft der Konsumenten, für ein besonders Strom sparendes Elektrogerät tiefer in die Tasche zu greifen, sinkt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Universität St. Gallen im Rahmen des Forschungsprojekts SECO@home unter Federführung des ZEW.

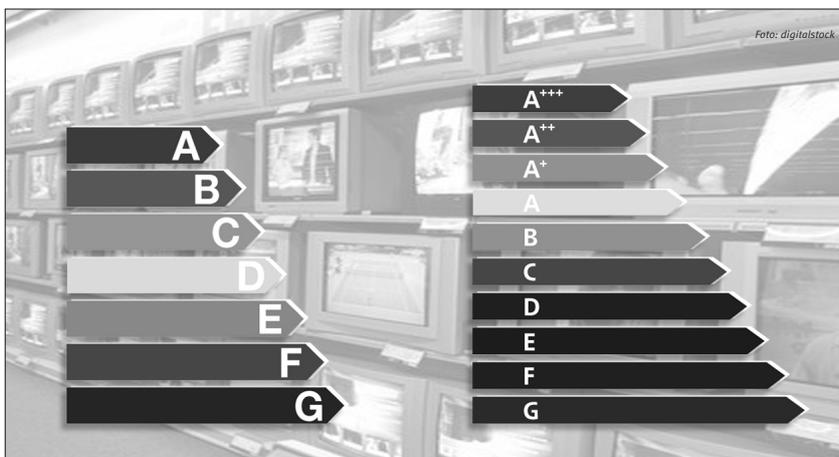
Die Studie basiert auf 2.244 Wahlentscheidungen, die durch die Gesellschaft für Konsumforschung erhoben wurden. In einer computergestützten Simulation hatten die Probanden die Wahl, verschiedene TV-Geräte zu kaufen. Die Geräte unterschieden sich hin-

Energieeffizienzklassen A bis D um die Kategorien A+, A++ und A+++; wobei A+++ nun die effizientesten Geräte klassifiziert.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Konsumenten, die sich zwischen Geräten mit dem neuen Kennzeichen entschei-

den hatten als in der Gruppe mit dem um A+ bis A+++ erweiterten Label. In dieser Gruppe dagegen hatte der Preis des Gerätes einen um über acht Prozentpunkte größeren Einfluss auf die Konsumenten als in der Gruppe mit dem bislang üblichen Etikett.

Auch die Bereitschaft, für einen Energie sparenden Fernseher tiefer ins Portemonnaie zu greifen, war bei den Konsumenten der ersten Gruppe deutlich höher als bei denjenigen, die Geräte mit dem neuen Label zur Auswahl hatten. In der ersten Gruppe waren die Verbraucher bereit, einen Preisaufschlag von im Schnitt 133 Euro zu bezahlen, um statt eines Geräts mit Energieeffizienz-Label B ein Gerät der Energieeffizienzklasse A zu erhalten. Die Konsumenten der zweiten Gruppe akzeptierten dagegen nur einen Preisaufschlag von 49 Euro, um ein TV-Gerät der Energieeffizienzklasse A+++ statt eines der Klasse A++ zu erwerben.



Neues (rechts) und altes (links) Energieeffizienz-Etikett der EU

sichtlich der technischen Ausstattung, der Marke, des Preises und des Energieverbrauchs. Diesen konnten die Testpersonen der ersten Gruppe anhand des bislang handelsüblichen Kennzeichens zur Energieeffizienz erkennen, also der Energieeffizienzklassen A bis G. Dabei steht ein dunkelrotes G für den stärksten Stromverbrauch, ein dunkelgrünes A signalisiert dem Verbraucher das effizienteste Gerät. Für die Probanden der zweiten Gruppe dokumentierte das nun von der EU-Kommission vorgeschlagene Etikett den Stromverbrauch. Es ergänzt die

den müssen, dem Stromverbrauch deutlich weniger Gewicht bei der Kaufentscheidung einräumen als die Konsumenten der ersten Gruppe. Zwar ist in beiden Gruppen der Preis des Fernsehers das wichtigste Kaufkriterium, dann erst folgen die Energieeffizienz, die technische Ausstattung und die Marke des Fernsehers. Die Berechnungen der Wissenschaftler machen jedoch unmissverständlich deutlich, dass in der Gruppe mit dem Kennzeichen G bis A der Stromverbrauch einen um über zehn Prozentpunkte stärkeren Einfluss auf die Kaufentscheidung der

Schon der erste Vorschlag war kontraproduktiv

Diese Ergebnisse entsprechen im Wesentlichen den Resultaten einer Studie, die die Universität St. Gallen und das ZEW bereits im vergangenen Jahr vorgelegt haben (siehe ZEWnews vom Oktober 2009). Darin wurde der erste Vorschlag der EU-Kommission zur Revision des Labels untersucht. Dieser sah ebenfalls die Einführung neuer, zusätzlicher Kategorien vor, die seinerzeit mit A-20%, A-40% und A-60% bezeichnet werden sollten. Schon diese erste Studie zeigte, dass die neuen Kategorien die Wirkung des Labels verwässern und die Konsumenten klar dem bestehenden A bis G System den Vorzug geben. Der Vorschlag wurde daraufhin von der Europäischen Kommission zugunsten der A+ bis A+++ Skala zurückgezogen.

Dr. Klaus Rennings, rennings@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Großzügige Spenden durch Information

Menschen, die Geld für einen guten Zweck spenden, sind tendenziell freigiebiger, wenn sie wählen können, welchem Personenkreis ihre Spende zugute kommt. Ein Feldexperiment des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) unter 57.325 Haushalten in Deutschland bestätigt diese Hypothese.

Für das Experiment kooperierte das ZEW mit der Universität Bonn und einer deutschen Spendenorganisation, die sich in fünf Entwicklungsländern für die medizinische Grundversorgung einsetzt. Im Rahmen der jährlichen Winterspendenaktion des Jahres 2007 wurden zwei Versionen von Spendenbriefen an insgesamt 57.325 Haushalte verschickt. In der einen Version wurden die potenziellen Spender gebeten, eine Spende an die Organisation zu überweisen. In einer zweiten Version erhielten die Spendenbriefempfänger ferner die Möglichkeit, ihre Spende konkret für ein bestimmtes Land oder auch für mehrere Länder einzusetzen. Im Zeit-

raum vom 3. Dezember 2007 bis 31. Januar 2008 gingen bei der Organisation 6.709 studienrelevante Spenden mit einem Gesamtvolumen von über einer Million Euro ein. Die Antwortquote lag für beide Versuchsgruppen bei 11,7 Prozent.

Großzügigeres Spendenverhalten

Die Ergebnisse zeigen, dass 3,4 Prozent der Spender, die ihre Spende einem bestimmten Land zuweisen konnten, diese Selektionsmöglichkeit tatsächlich nutzten. Sie spendeten im Durchschnitt mit circa 160 Euro signifikant mehr als diejenigen, die für ihre

Spende kein Land explizit auswählten (135 Euro).

Zusätzlich stellte die Organisation Daten aus vergangenen Spendenaktionen (Wintermailings der Jahre 2005 und 2006) zur Verfügung, sodass das Spendenverhalten einzelner Haushalte über die Zeit untersucht werden konnte. Die Einbeziehung der Spendenhistorie zeigt, dass Haushalte, die im Jahr 2007 an ein bestimmtes Land spendeten, in den Jahren zuvor nicht anders als diejenigen spendeten, die im Jahr 2007 kein Land bei ihrer Spende auswählten. Dies unterstützt die Hypothese, dass die unterschiedliche Höhe der Spende im Jahr 2007 durch das Experiment zustande kommt und nicht auf möglichen selektiven oder zufälligen Verzerrungen beruht.

Bodo Aretz, aretz@zew.de
Sebastian Kube, kube@coll.mpg.de

Beschäftigung in akademischen Spinoffs

Die theoretische Literatur zu Entrepreneurship geht davon aus, dass Interdisziplinarität wichtig für den Erfolg neuer Unternehmen ist. Eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) untersucht erstmals empirisch, ob eine interdisziplinäre akademische Ausbildung der Gründer von Spinoffs relevant für das Beschäftigungswachstum dieser Unternehmen ist.

Die Studie basiert auf Daten der ZEW Spinoff-Befragung. Sie betrachtet Ausgründungen aus Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen (akademische Spinoffs), die in den Jahren 1996 bis 2000 gegründet wurden. Insgesamt untersucht die Studie 4.658 Unternehmen, von denen 2.906 im Jahr 2001 noch aktiv waren. Über sie stehen zahlreiche Informationen zur Verfügung, etwa zur Anzahl der Beschäftigten zum Gründungszeitpunkt sowie im Jahr 2001 und zum Bildungshintergrund der Gründer.

Zunächst vergleicht die Studie die Beschäftigungsentwicklung von Einzelgründungen und Teamgründungen. In

einem zweiten Schritt wird separat für Einzel- und Teamgründungen untersucht, welchen Effekt die Interdisziplinarität auf das Beschäftigungswachstum hat. Es zeigt sich, dass das Beschäftigungswachstum von Teamgründungen durchschnittlich um 7,5 Prozentpunkte höher ist als das von Einzelgründungen. Für die Beschäftigungsentwicklung spielt es aber keine Rolle, ob ein Einzelgründer mehrere Fächer (mindestens zwei) studiert hat oder nur ein einziges. Dies gilt auch für Teamgründungen. So hat es keinen Einfluss auf die Beschäftigung, ob die Mitglieder eines Gründungsteams jeweils das glei-

che Fach studiert haben oder ob sie eine akademische Ausbildung in unterschiedlichen Fächern vorweisen können. Interdisziplinarität scheint für die Beschäftigungsentwicklung kein bedeutender Erfolgsfaktor für akademische Spinoffs zu sein.

Schließlich geht die Untersuchung der gängigen Annahme nach, dass Gründungen von Akademikern aus dem naturwissenschaftlichen und technischen Bereich erfolgreicher sind, wenn auch Betriebs- oder Volkswirte im Gründungsteam vertreten sind. Für Naturwissenschaftler lässt sich dieser Effekt allerdings nicht belegen. Die Studie zeigt jedoch, dass Teamgründungen von Ingenieuren tatsächlich ein stärkeres Beschäftigungswachstum haben, wenn auch ein Wirtschaftswissenschaftler im Team ist.

Bettina Müller, bettina.mueller@zew.de

Nachgefragt: Wie sinnvoll ist die Bankenabgabe?

Das systemische Risiko ist durch eine Bankenabgabe kaum regulierbar

Die deutschen Banken sollen für die Kosten von Finanzkrisen in Zukunft in stärkerem Umfang selbst aufkommen als bisher. Hierzu hat die Bundesregierung eine Bankenabgabe beschlossen. Diese sieht vor, dass die deutsche Kreditwirtschaft jährlich rund eine Milliarde Euro in einen Sicherungstopf einzahlen muss. Dr. Michael Schröder, Leiter des Forschungsbereichs Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement am ZEW, erwartet, dass es schwer werden wird, eine praktikable Umsetzung für eine solche Abgabe zu finden, die mehr darstellt als nur eine weitere Einnahmequelle des Staates und wirksam zu einer Begrenzung des systemischen Risikos im Finanzsektor beiträgt.

Künftig sollen nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Banken für Krisen an den Finanzmärkten gerade stehen. Wird die Bankenabgabe ihren Zweck erfüllen?

Bislang ist noch nicht klar, wie die angekündigte Bankenabgabe ausgestaltet werden soll. Daher lässt sich diese Frage derzeit leider nicht beantworten. Die Grundidee scheint zu sein, dass Banken entsprechend ihrem Beitrag zum systemischen Risiko des Finanzsektors besteuert werden sollen. Alles andere ist aber noch recht unklar. Welcher regionale Bezugsrahmen ist zum Beispiel relevant: das systemische Risiko in Deutschland, in Europa oder weltweit?

Die bisherigen Diskussionen in vielen Ländern zeigen erfreulicherweise, dass ein internationaler Kompromiss angestrebt wird, der auf einem der

nächsten G20-Treffen beschlossen werden könnte. Durch weitgehend einheitliche Regelungen können wettbewerbsverzerrende Effekte im internationalen Finanzgeschäft vermieden werden.

Die Höhe der Bankenabgabe soll sich unter anderem am systemischen Risiko der Bank bemessen. Wie kann man die Bedeutung einer Bank für die Volkswirtschaft und damit das systemische Risiko überhaupt messen?

Es gibt derzeit keine theoretisch ausgereiften und direkt umsetzbaren Kennzahlen, mit denen das systemische Risiko einer Bank gemessen werden könnte. Dies ist eine Aufgabe, die die ökonomische Forschung in der nächsten Zeit zu lösen hat. Wie kann dann aber die angekündigte Bankenabgabe umgesetzt werden? Es ist denkbar, dass Ersatzgrößen wie etwa die Bilanzsumme oder der Umfang des Ei-

genhandels herangezogen werden, die allerdings keinen direkten Bezug zum systemischen Risiko aufweisen. In diesem Fall wäre die Bankenabgabe lediglich eine Zusatzsteuer auf Banken, ohne Lenkungswirkung in Bezug auf das Systemrisiko.

Hierbei könnte sich auch der Vorschlag der US-Regierung für eine Bankenabgabe durchsetzen. Dabei wird die Bemessungsgrundlage der Bankenabgabe berechnet als Aktiva der Bank abzüglich des Eigenkapitals und der Mittel für die Einlagensicherung. Diese Bemessungsgrundlage hat zwar kaum etwas mit dem systemischen Risiko zu tun, ist aber leicht ermittelbar und damit auch praktisch umsetzbar.

Die Bankenabgabe sieht nicht vor, dass auch Versicherungsunternehmen, Pensionsfonds und Kapitalanlagegesellschaften in den Topf einzahlen. Wie ist das zu bewerten?

Versicherungsunternehmen und Pensionsfonds sind in spezielle Sicherungssysteme eingebunden, die im Falle eines Konkurses dafür sorgen sollen, dass die Verluste der Kunden stark begrenzt werden. Darüber hinaus gehende Risiken für das Finanzsystem dürften in der Regel sehr gering sein. Eine Ausnahme bilden Spezialversicherer, die etwa Versicherungen für das Ausfallrisiko von Anleihen, Krediten oder anderen Finanzinstrumenten anbieten. Die Insolvenz eines solchen Versicherers kann durchaus sehr große Rückwirkungen auf die Stabilität des Finanzsektors ausüben. Bei der von der US-Regierung bislang präferierten Bankenabgabe sollen auch große Versicherungsunternehmen einbezogen werden. Es ist daher durchaus vorstellbar, dass bei einem Kompromiss der G20-Länder auch Versicherungsunternehmen eine solche Abgabe zahlen müssen.



PD Dr. Michael Schröder, Jahrgang 1961, leitet am ZEW den Forschungsbereich „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“. Seine Forschungsschwerpunkte sind insbesondere die empirische Kapitalmarktanalyse, die Erwartungsbildung auf Finanzmärkten, nachhaltige Kapitalanlagen sowie das Vermögensmanagement von Stiftungen. Im Jahr 2009 wurde er von der Universität Stuttgart habilitiert und erhielt die Lehrbefugnis für Betriebswirtschaftslehre. Schröder lehrt als Privatdozent an der Universität Stuttgart mit Schwerpunkt in Betriebswirtschaftslehre und Finanzwirtschaft.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Gibt es eine sinnvolle Alternative zur Bankenabgabe, damit in der nächsten Finanzkrise nicht wieder der Steuerzahler einspringen muss?

Die Idee der Bankenabgabe ist es, die Banken stärker an der Finanzierung von Rettungsaktionen bei künftigen Fi-

nanzkrisen zu beteiligen. Diese Funktion kann die Abgabe auch dann erfüllen, wenn sie – mangels einer operationalen Lösung – nicht am Systemrisiko ansetzt, sondern an einer Ersatzgröße wie etwa der Bilanzsumme. Bei entsprechend hohem Steuersatz kann die

künftige Bankenabgabe dazu beitragen, dass ein großer Teil der durch Finanzkrisen verursachten Kosten von den Banken selbst getragen wird.

PD Dr. Michael Schröder,
schroeder@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Die Kosten einer steuerlichen Forschungsförderung variieren stark

Laut Koalitionsvertrag strebt die Bundesregierung eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung (F&E) an. Als Förderinstrument steht eine Steuergutschrift im Raum. Abschätzungen über die fiskalischen Kosten verschiedener Ausgestaltungen einer solchen F&E-Förderung liegen bislang nicht vor. Diese Lücke schließen aktuelle Untersuchungen am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim.

Die Modellrechnungen des ZEW quantifizieren die Aufkommensausfälle bei den Steuereinnahmen der Gewerbe-, Körperschafts- und Lohnsteuer. Diese betragen je nach Ausgestaltung der Steuergutschrift zwischen 464 Millionen Euro und 5.702 Millionen Euro. Die fiskalischen Kosten werden durch den Fördersatz und die Berechnungsbasis der Steuergutschrift bestimmt. Die Variation der qualifizierten FuE-Aufwendungen hat große Auswirkungen auf die berechneten Kosten. Ferner sind die Erstattungsoption, die zur Verrechnung verwendete Steuer und begrenzendes Elemente, sowie ein differenzierter Fördersatz oder eine Kappungsgrenze, wesentliche Parameter.

Wettbewerbsverzerrungen vermeiden

Ein Fördersatz von zehn Prozent, der auf alle FuE-Aufwendungen angewandt wird, führt zu Aufkommensausfällen von 3.296 Millionen Euro. Eine Erstattungsoption für den Teil der Steuergutschrift, der die Gewerbe- und Körperschaftsteuerschuld übersteigt, ist dringend notwendig. Sonst würde nach den

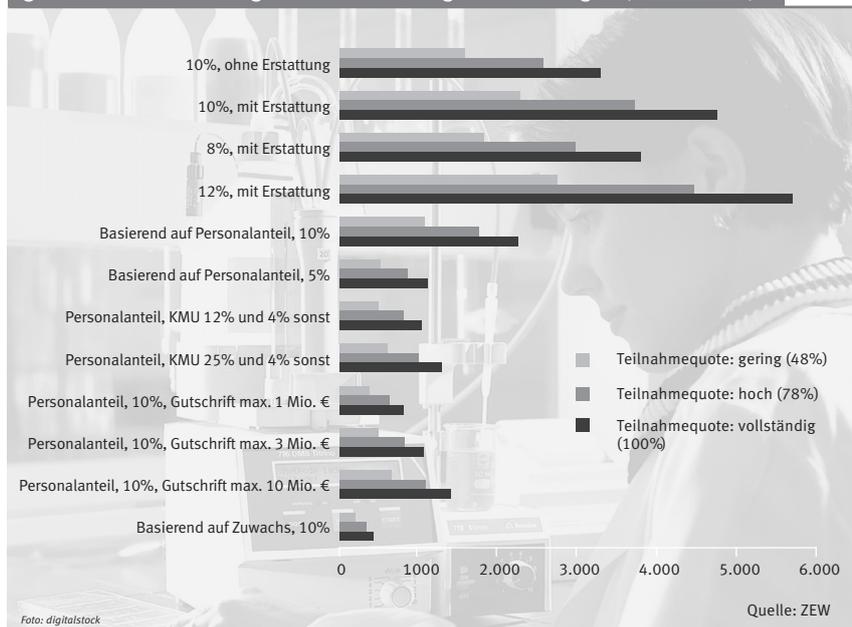
Berechnungen etwa ein Drittel der Unternehmen nicht oder nur teilweise in den Genuss der Förderung kommen. In diesem Fall würden sich unerwünschte Verzerrungen zwischen ertragsstarken und ertragsschwachen Unternehmen ergeben. Wird die gleiche Gut-

schrift daher mit Erstattungsoption berechnet, betragen die fiskalischen Kosten 4.751 Millionen Euro.

Fokussierung auf Personal reduziert Steuerausfälle

Grundsätzlich sollte die steuerliche Förderung auf die Bevorzugung oder Benachteiligung bestimmter FuE-Sachverhalte verzichten, um die Auswahl der FuE-Projekte nicht zu verzerren. Dennoch gibt es Argumente für die Einschränkung der Förderung auf Perso-

Fiskalische Aufkommensausfälle verschiedener Modelle einer Steuergutschrift für Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen (in Mio. Euro)



WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

nalaufwendungen beziehungsweise für die Begünstigung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Die Eingrenzung der Gutschrift auf Personalaufwendungen führt zu Kosten in Höhe von 2.273 Millionen Euro. Als pragmatischer Ansatz erscheint die Verrechnung der Steuergutschrift mit der monatlich abzuführenden Lohnsteuer. In diesem Fall könnte darüber hinaus auf eine Erstattungsoption verzichtet und die Liquiditätswirkung verbessert werden.

Unterschiedliche Fördersatz für KMU und große Unternehmen können die Aufkommensausfälle ebenfalls wirksam begrenzen. Ein Fördersatz von

12 Prozent für KMU und vier Prozent für große Unternehmen (jeweils berechnet auf Personalaufwendungen) führt zu einem merklich reduzierten Aufkommenseffekt von 1.062 Millionen Euro. Wird der Fördersatz für KMU auf 25 Prozent erhöht, ergeben sich Kosten von 1.309 Millionen Euro. In beiden Fällen bleiben die Aufkommensausfälle unterhalb der Grenze von 1,5 Milliarden Euro. Auch ein Maximalbetrag für die Steuergutschrift (Kappungsgrenze) führt zu einer wirksamen Reduktion der Aufkommensausfälle. Dennoch hat eine Kappungsgrenze ungünstige Auswirkungen, dadurch stellen sich verzerrende Effekte innerhalb der Gruppe

der großen und forschungsstarken Unternehmen ein. Besonders forschungsstarke Unternehmen würden dann denselben Förderbetrag erhalten wie deutlich weniger forschungsaktive Unternehmen.

Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

Bei der Ausgestaltung der steuerlichen F&E-Förderung müssen die Auswirkungen auf die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden beachtet werden. Die ZEW-Berechnungen zeigen, dass die Systematik des Länderfinanzausgleichs die fiskalische Belastung einzelner Länderbudgets durch eine Steuergutschrift teilweise kompensieren könnte. Eine Literaturauswertung zur tatsächlichen Inanspruchnahme der steuerlichen Forschungsförderung im Ausland ergab Teilnahmequoten zwischen 23 Prozent und 87 Prozent. In den Modellrechnungen wird daher auch die Teilnahme-wahrscheinlichkeit variiert. Dadurch reduzieren sich die berechneten Ausfälle nochmals deutlich (siehe Abbildung) auf 364 Millionen bis 4.470 Millionen Euro bei einer unterstellten Teilnahme-wahrscheinlichkeit von 78 Prozent.

Christof Ernst, ernst@zew.de

Die fiskalischen Aufkommensausfälle (Erstrundeneffekte) werden auf der Grundlage einer Auswahl von Unternehmen mit Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen berechnet (mikrobasiert). Dieser Ansatz erfordert die Kenntnis der Steuerschuld dieser Unternehmen sowie der individuellen FuE-Charakteristika. Für die Berechnungen wird das Mikrosimulationsmodell ZEW TaxCoMM mit Informationen zu mehr als 800 FuE-aktiven Unternehmen kombiniert und auf Basis einschlägiger Statistiken hochgerechnet. Erstrundeneffekte kennzeichnen in diesem Zusammenhang die fiskalischen Kosten ohne Berücksichtigung von Verhaltensänderungen der Unternehmen, analog werden eventuelle Erhöhungen des Steueraufkommens durch erfolgreiche Forschung und Entwicklung in dieser Untersuchung nicht berücksichtigt. Die fiskalischen Aufkommensausfälle in dieser Untersuchung entsprechen der Entlastung der Unternehmen durch die Förderung ihrer FuE-Aufwendungen.

ZEW INTERN

ZEW als Gastgeber des DGFP

Am 16. April 2010 war das ZEW Gastgeber der 37. Zusammenkunft des Arbeitskreises für Unternehmen des öffentlichen Rechts der Deutschen Gesellschaft für Personalführung e.V. (DGFP). Die DGFP ist die führende Fachorganisation für Personalmanagement und Personalführung in Deutschland. In dem Arbeitskreis tauschen sich Personalverantwortliche aus öffentlich-rechtlichen Unternehmen zu Themen, die die gesamte aktuelle Palette des Personalmanagements sowie spezielle Frage-

stellungen öffentlich-rechtlicher Unternehmen umfassen, aus. Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer reisten bereits am Vorabend an, so dass



bei einem gemeinsamen Abendessen erste Fragestellungen diskutiert wurden. Doris Brettar, Personalreferentin des ZEW, stellte zu Beginn des Treffens das ZEW vor. Die Vorträge zu den Hauptthemen „Selbstvermarktung HR und unternehmensinterne HR-Kommunikation“ von Andreas Schubert, Geschäftsführer der YouGovPsychonomics AG, und „Der Bologna-Prozess und die Auswirkungen auf die Personalarbeit“ von Prof. Dr. Hans Klaus, Fachhochschule Kiel, wurden mit großem Interesse aufgenommen und gaben Anlass zu angeregtem Meinungsaustausch.

Herausforderungen für die Geldpolitik

Zu einem Vortrag über die Herausforderungen der Finanzkrise für die Geldpolitik konnte der kaufmännische Geschäftsführer des ZEW, Thomas Kohl, Professor Dr. Axel A. Weber am ZEW begrüßen. Rund 260 Gäste waren der Einladung zu diesem Vortrag des Präsidenten der Deutschen Bundesbank in der Reihe „Mannheimer Wirtschafts- und Währungsgespräche“ gefolgt.

Die derzeit wichtigste Aufgabe der Geldpolitik sei der Ausstieg aus den in der Finanzkrise ergriffenen Sondermaßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte, sagte Weber zu Beginn seines Vortrags. Die Märkte seien durch die außergewöhnlichen Maßnahmen der

der Bürger, die Politik wolle die Last der krisenbedingt aufgetürmten Staatsverschuldung durch Inflation verringern.

Angesichts der Finanzkrise müsse sich die EZB der Frage stellen, ob neben der Preisstabilität auch die Stabilität auf den Finanzmärkten in den Zielkatalog



Prof. Dr. Axel Weber während seines Vortrags am ZEW.

der EZB mit reichlich Liquidität versorgt worden. Diese müsse dem System nun wieder sukzessive entzogen werden. Da die liquiditätszuführenden Refinanzierungsgeschäfte zeitlich befristet seien, könne dies in dem Zustand des Finanzsystems angemessenen Schritten geschehen. Entsprechende Maßnahmen seien bereits eingeleitet.

Trotz ihrer expansiven Geldpolitik während der Finanzkrise sei die EZB weiterhin ihrem wichtigsten Ziel, der Wahrung der Preisstabilität, verpflichtet, sagte Weber. Er lehnte deshalb entschieden den Vorstoß aus den Reihen des Internationalen Währungsfonds ab, der ein Inflationsziel von vier Prozent zur Diskussion stellt. Ein höheres Inflationsniveau untergrabe die Glaubwürdigkeit der EZB und schüre die Sorge

der Geldpolitik aufgenommen werden solle. Mit dem geldpolitischen Instrumentenkasten könnten allerdings nicht beide Ziele, Preisstabilität und Finanzmarktstabilität, gleichberechtigt verfolgt werden. Es sei daher keine Option, die Wahrung der Finanzstabilität als Aufgabe der Geldpolitik zu definieren. Vielmehr ist für Weber die Kernerkenntnis aus der aktuellen Krise, dass für diese Aufgabe ein neuer, eigenständiger Politikbereich benötigt wird. Mit dem europäischen Systemrisikokrat werde bei der EZB eine entsprechende Institution geschaffen, die ausdrücklich für die systembezogene Überwachung zuständig sei und so zur Finanzmarktstabilität innerhalb Europas beitragen könne.

Die zunehmenden Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums, so Weber,

seien darauf zurückzuführen, dass die Vorteile der Gemeinschaftswährung nicht immer sinnvoll genutzt würden. So hätten der Rückgang des Zinsniveaus und der Wegfall des Wechselkursrisikos einige Länder verleitet, über ihre Verhältnisse zu leben. Einige Länder hätten die günstigen Finanzierungsbedingungen auch nicht genutzt, um ihre Haushalte zu konsolidieren. Nicht Deutschland müsse sein exportorientiertes „Geschäftsmodell“ ändern, sondern die Länder mit hohen Leistungsbilanzdefiziten seien in der Pflicht, Schritt für Schritt ihre Produktivität zu erhöhen, ihre Arbeitsmärkte zu flexibilisieren und langfristig Lohnzurückhaltung zu üben.

Belastungsprobe für den Euro

Der Fall Griechenlands verdeutliche, welchen Belastungen die Währungsunion durch exzessive Staatsdefizite ausgesetzt werde. Ein eventueller Zahlungsausfall Griechenlands könnte gravierende wirtschaftliche Folgen für andere Länder der Währungsunion haben. Vor diesem Hintergrund müsse – sofern sich das Land nicht länger über die Kapitalmärkte finanzieren könne – als Ultima Ratio eine Unterstützung Griechenlands erwogen werden. Dabei müssten jedoch einige Bedingungen erfüllt werden. So müsse die finanzpolitische Eigenverantwortlichkeit Griechenlands erhalten bleiben. Ferner dürfe es keinen Automatismus bei der Unterstützung geben. Vielmehr müsse jede Anfrage Griechenlands neu geprüft werden. Darüber hinaus seien die Auflagen des Defizitverfahrens strikt einzuhalten und als Mindestauflagen für Hilfen anzusehen.

Für die Zukunft müssten Vorkehrungen getroffen werden, dass sich ein Fall Griechenland nicht wiederhole. Das fiskalische Regelwerk müsse hierzu ergänzt und geändert werden mit dem Ziel, den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu stärken.

Kathrin Böhrmer, boehmer@zew.de

TERMINE

Platform Markets – Regulation and Competition Policy

Gemeinsam mit dem MaCCI Mannheim Centre for Competition and Innovation und der Universität Mannheim veranstaltet das ZEW vom 31. Mai bis zum 2. Juni 2010 eine Konferenz zum Thema „Platform Markets: Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen beispielsweise zu Netzwerkeffekten und -standards, Märkten für Werbung und Online-Content, sowie zu Preisdifferenzierung und dynamischen Preisstrategien. Die Konferenz soll die Diskussion zwischen Wissenschaftlern und Praktikern im Bereich sogenannter mehrseitiger Märkte fördern.

Nähere Informationen unter www.zew.de/platforms2010

ZEW Summer Workshop 2010

Vom 14. bis 17. Juni 2010 findet zum 12. Mal der jährliche Sommer Workshop des ZEW statt. Das zentrale Thema des diesjährigen Workshops ist „Erwartungen und Erwartungsbildung auf Finanzmärkten“. Diskutiert werden beispielsweise Arbeiten zur Rolle von Erwartungen in der aktuellen Finanzmarktkrise, das Lernverhalten von Finanzmarktakteuren und die ökonomische Untersuchung von umfragebasierten Erwartungsdaten. Der Workshop bietet ein anregendes Forum für den intensiven Dialog zwischen talentierten Nachwuchswissenschaftlern und erfahrenen Experten auf ihrem Forschungsgebiet. Der ZEW Summer Workshop 2010 wird von der „Stiftung Geld und Währung“ finanziert.

Nähere Informationen unter www.zew.de/summer-finance2010

Aktuelle Entwicklungen in der Makroökonomie

Am 24. und 25. Juni 2010 richtet das ZEW gemeinsam mit der Universität Mannheim die zweite Konferenz zum Thema „Aktuelle Entwicklungen in der Makroökonomie“ aus. Diskutiert werden unter anderem Arbeiten, die den Einfluss der Finanzkrise auf die Realwirtschaft untersuchen. Darüber hinaus beinhaltet die Konferenz Arbeiten zur wirtschaftlichen Integration, zur Fiskalpolitik, zur Makroökonomie, zu den Arbeitsmärkten und zu makroökonomischen Aspekten des Klimawandels.

Nähere Informationen unter www.zew.de/macroconference2010

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Jürgen Egel, Michael Dinges, Dr. Andreas Knie, Dagmar Simon, Holger Braun-Thürmann, Helmut Fryges, Helmut Gassler, Sandra Gottschalk, Romy Hilbrich, Daniel Höwer, Kathrin Müller, Christian Rammer, Julia Schmidmayer, Franziska Steyer

Evaluation des Existenzgründungsprogramms EXIST III

Seit 1998 wird mit dem Programm EXIST versucht, die Gründungstätigkeit aus wissenschaftlichen Einrichtungen zu fördern und zu unterstützen. Das Buch evaluiert die gegenwärtig laufende Programmstufe EXIST III. Berücksichtigt werden dabei die Programmkonzeption, die Umsetzung des Programms sowie die ausdrücklichen Zielsetzungen von EXIST III, Beiträge zur Verbesserung der Gründungskultur an deutschen Wissenschaftseinrichtungen zu leisten und zu einer Erhöhung und Qualitätsverbesserung der Gründungsaktivitäten aus wissenschaftlichen Einrichtungen beizutragen.

ZEW Wirtschaftsanalysen, Band 95, Nomos-Verlag 2010, ISBN: 978-3-8329-5537-3

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 10-021, Alisher Aldashev, Stephan Lothar Thomsen, Thomas Walter: Short-Term Training Programs for Immigrants: Do Effects Differ from Natives and Why?

Nr. 10-020, Friedrich Heinemann, Martin G. Kocher: Tax Compliance Under Tax Regime Changes.

Nr. 10-019, Christina Elschner, Christof Ernst, Christoph Spengel: Fiskalische Kosten einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung in Deutschland - Eine empirische Analyse verschiedener Gestaltungsoptionen.

Nr. 10-018, Julia Horstschräer, Maresa Sprietsma: The Effects of the Bologna Process on College Enrollment and Drop-out Rates.

Nr. 10-017, Friedrich Heinemann, Tanja Hennighausen: Don't Tax Me? Determinants of Individual Attitudes Toward Progressive Taxation.

Nr. 10-016, Bodo Aretz, Sebastian Kube: Choosing Your Object of Benevolence – A Field Experiment on Donation Options.

Nr. 10-015, Dirk Antonczyk, Thomas DeLeire, Bernd Fitzenberger: Polarization and Rising Wage Inequality: Comparing the U.S. and Germany.

Nr. 10-014, Dirk Antonczyk, Bernd Fitzenberger, Katrin Sommerfeld: Rising Wage Inequality, the Decline of Collective Bargaining, and the Gender Wage Gap.

Nr. 10-013, Reint Gropp, Matthias Köhler: Bank Owners or Bank Managers: Who is Keen on Risk? Evidence from the Financial Crisis.

Nr. 10-012, Stephan Lothar Thomsen, Katrin Heinicke: The Social Long-term Care Insurance in Germany: Origin, Situation, Threats, and Perspectives.

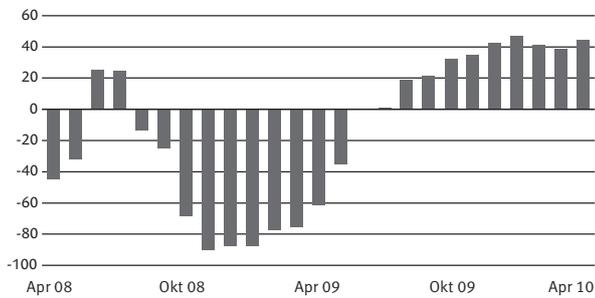
Nr. 10-011, Bettina Büttner, Stephan Lothar Thomsen: Are We Spending Too Many Years in School? Causal Evidence of the Impact of Shortening Secondary School Duration.

Nr. 10-010, Delphine Prady, Hannes Ullrich: Entry and Competition in Freight Transport: The Case of a Prospective Transalpine Rail Link Between France and Italy.

Nr. 10-009, Bertrand Koebel, Francois Laisney: The Aggregate Le Chatelier Samuelson Principle with Cournot Competition.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im April 2010

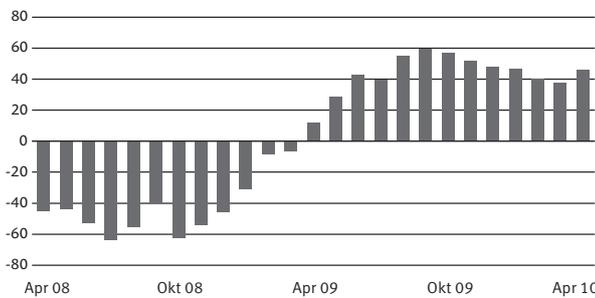


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Unverändertes Zinsniveau

55,1 Prozent der im ZEW Finanzmarkttest befragten Experten gehen davon aus, dass die Europäische Zentralbank zunächst den Leitzins auf dem historischen Tiefstand von einem Prozent belassen wird. Die Experten erwarten, dass die EZB den Risiken, die eine Zinserhöhung für die Konjunkturerholung mit sich bringen würde, derzeit noch eine höhere Aufmerksamkeit schenkt als möglichen Inflationsgefahren. Allerdings ist der Anteil derjenigen, die wieder mit steigenden Zinsen am kurzen Ende rechnen, im April auf immerhin 44,6 Prozent gestiegen.

Christian D. Dick, dick@zew.de



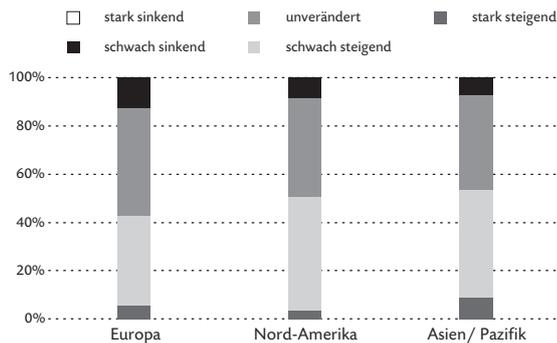
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Ausblick deutlich verbessert

China konnte im ersten Quartal dieses Jahres ein Wirtschaftswachstum von 11,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal berichten. Davon profitieren auch die Volkswirtschaften in Europa auf ihrem Weg aus der Wirtschaftskrise: Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone sind auf Halbjahressicht im April um 8,1 Punkte auf 46,0 Punkte gestiegen. Noch besser als für die europäischen Nachbarn werden die Aussichten für Deutschland beurteilt: Hier steigt der Indikator um 8,5 Punkte und erreicht einen Saldo von 53,0 Punkten.

Christian D. Dick, dick@zew.de

Luftfrachtaufkommen weltweit im Steigflug

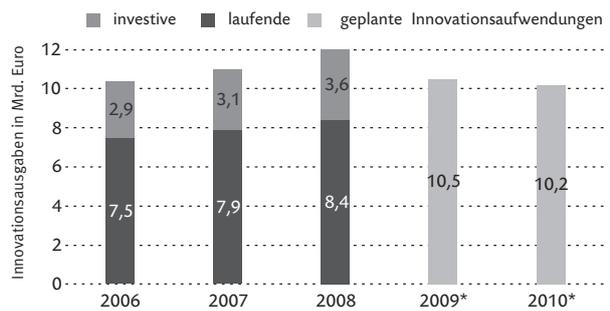


Quelle: ZEW

Die Luftfrachtentwicklung ist das „Thermometer“ der außenorientierten deutschen Wirtschaft: Sie zeigt besonders früh Veränderungen an. So brach die Entwicklung der Beförderungsmengen in der Luftfracht schon im Sommer 2008 ein. Seit dem Herbst 2009 hat sie sich bereits deutlich „gefangen“. In der Umfrage des ersten Quartals 2010 rechnen über fünfzig Prozent der Experten des Transportmarktbarometers im kommenden Halbjahr mit stark oder schwach steigenden Frachtmengen auf der Nord-Amerika- sowie der Asien-Pazifik-Route. Für Europa gehen knapp 43 Prozent von steigenden Luftfrachtmengen aus.

Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de

Maschinenbau kürzt Innovationsbudgets



* Plandaten vom Frühjahr/Sommer 2009. Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Ausgaben des deutschen Maschinenbaus für neue Produkte und Verfahren werden 2009 voraussichtlich unter das Niveau von 2008 fallen. Nach den Planzahlen der Unternehmen vom Frühjahr/Sommer 2009 sollten 10,5 Milliarden Euro für Innovationsprojekte bereitgestellt werden (2008: 12,0 Milliarden Euro). Angesichts des dramatischen Umsatzrückgangs von 22,6 Prozent ist das Minus von 12,2 Prozent bei den Innovationsausgaben moderat. Hinter dem Rückgang stehen im Wesentlichen niedrigere Investitionen in neue Anlagen. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung wurden auf dem Vorjahrsniveau gehalten.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



EU-Rettungsaktion

Wenn es im Haus lichterloh brenne, gehe es vordringlich darum, ein Übergreifen des Brands auf andere Gebäude zu verhindern, koste es was es wolle. Mit einer solchen Analogie wird die Rettungsaktion der EU-Staaten

vom 10. Mai von ihren Befürwortern gerechtfertigt. Konkret wurde auf einen von Griechenland ausgehenden Domino-Effekt, zumindest im Hinblick auf Portugal und Spanien verwiesen, auf Grund dessen sich die Euro-Zone dem Rand eines potenziellen Zusammenbruchs genähert habe. Die Europäische Zentralbank (EZB) begründete ihre Maßnahmen mit der alarmierenden Meldung, bestimmte Marktsegmente seien dysfunktional in Bezug auf die Markttiefe und die Marktliquidität und der Transmissionsmechanismus der Geldpolitik sei beeinträchtigt gewesen, was immer dies im einzelnen heißen mag.

Vor diesem Hintergrund stellen sich drei Fragen. Worin lagen die Ursachen des Brands, gab es Brandstifter? War es wirklich alternativlos, dass die Feuerwehr das ganze Dorf mit einem Schaumteppich überzog oder hätte eine begrenzte Rettungsaktion genügt? Was ist nun als allererstes zu tun?

Im Hinblick, erstens, auf die Ursachen ist es nicht damit getan, Griechenland die Alleinschuld zuzuweisen. Gewiss: Jahrelang haben griechische Institutionen die EU mit Falschmeldungen über den Tisch gezogen und ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik in erschreckendem Ausmaß auf Pump finanziert. Aber: Jahrelang wurden im Ecofin-Rat einschlägige Warnungen von Eurostat geflissentlich ignoriert und die Verschuldungsproblematik mit Hinweis auf den rund 3 v.H.-Anteil Griechenlands am EU-Bruttoinlandsprodukt verniedlicht. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde im Jahre 2005 angeblich „reformiert“, tatsächlich aber aufgeweicht, nicht zuletzt auf Betreiben Deutschlands. Die „präventiven und korrigierenden Arme“ des Paktes haben sich nun für alle sichtbar als zahnlöser Tiger entpuppt. Schließlich: Es mag ja spekulative Übertreibungen gegeben haben, aber die Finanzmärkte sind ihrer Rolle insoweit nachgekommen, als sie Fehlentwicklungen ge-

brandmarkt haben. Auf die Spekulanten einzudreschen, stellt größtenteils ein Ablenkungsmanöver dar.

Gab es, zweitens, Alternativen zum Rettungspaket, nämlich den Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone und/oder eine Umschuldung griechischer Staatsanleihen? Die EU-Verträge sehen den „Rauschmiss“ eines Landes nicht vor. Freiwillig wird sich Griechenland kaum darauf einlassen, weil seine auf Euro lautenden Staatspapiere zu bedienen, dann mit einer deutlich abgewerteten neuen Drachme wesentlich teurer würde. Eine Umschuldung hätte massiven Abschreibungsbedarf auch bei deutschen Banken zur Folge. Diese haben für rund 35 Mrd. Euro griechische Staatsanleihen im Depot, allen voran die HypoRealEstate, die sich im Staatsbesitz befindet, sodass der deutsche Steuerzahler indirekt zur Kasse gebeten würde. Und das alles vor dem Hintergrund einer noch nicht ausgestandenen Finanzkrise und einer nach wie vor fragilen konjunkturellen Erholung und dem immensen Zeitdruck.

Die ganze Malaise wäre, drittens, wesentlich glimpflicher verlaufen, hätten sich die EU-Staaten vor Monaten zu einem zielführenden Konsolidierungspakt mit regelgebundenen Sanktionen verpflichtet, wobei die Sanktionen durchaus automatisch in Kraft tretende Steuererhöhungen bei Verfehlungen des vorher festgelegten und vom Gesetzgeber beschlossenen Konsolidierungspfades beinhalten können. Zu einem solchen Konsolidierungspakt hat der Sachverständigenrat in seinem Jahrgutachten 2009/10 Vorschläge unterbreitet. Ein glaubwürdiger Konsolidierungspakt, in welcher Form auch immer, stellt die unabdingbare Voraussetzung für meine Zustimmung zum Rettungspaket dar, wenngleich unter erheblichen Bedenken. Versagt die Politik hier, versage ich mein Plazet. Mindestens ebenso große Sorgen bereitet das Verhalten der EZB. Sie möge uns bitte erklären, wieso es kein politischer, ihre Unabhängigkeit beschädigender Druck war, dem sie gefolgt ist, und wie sie Inflationsgefahren durch Neutralisierung der zusätzlichen Liquidität begegnen will.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010